



Handbuch Friedenspsychologie

Christopher Cohrs, Nadine Knab & Gert Sommer (Hrsg.)

Hellmeier & Vüllers: Gewalt des Staates und Gewalt gegen den Staat

Christopher Cohrs • Nadine Knab • Gert Sommer (Hrsg.)

Handbuch Friedenspsychologie

ISBN 978-3-8185-0565-3

DOI: <https://doi.org/10.17192/es2022.0037>

Lektorat und Formatierung: Michaela Bölinger und Katherina Hildebrand

Titelbild und Kapitelgestaltung: Nadine Knab

Umschlagbild: Hoffnung (Esperanza). Frieden, Dankbarkeit, Kreativität und

Widerstandsfähigkeit sind die Symbole und Elemente, die in diesem Kunstwerk in Einklang gebracht werden. Es ist als Großformat in der Gemeinde 13 in Medellín, Kolumbien, Teil der Graffiti-Tour. Das Kunstwerk vermittelt eine wichtige Botschaft der Hoffnung sowohl an die lokale Gemeinde als auch an ausländische Besucher/innen.

@medapolo.trece @fateone96 @radycalshoes @pemberproducciones

<https://handbuch-friedenspsychologie.de>

Website-Gestaltung: Tamino Konur

Forum Friedenspsychologie

<https://www.friedenspsychologie.de>



This work is licensed under a [Creative Commons Attribution-NonCommercial-NoDerivatives 4.0 International License](https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/).

Für illegale, fehlerhafte oder unvollständige Inhalte und insbesondere für Schäden, die aus der Nutzung oder Nichtnutzung von weiterführenden Links entstehen, übernehmen die Herausgeber*innen keine Haftung.

Gewalt des Staates und Gewalt gegen den Staat im Kontext von Protest

Sebastian Hellmeier & Johannes Vüllers

Zusammenfassung

Dieses Kapitel diskutiert anhand des Beispiels politischen Protests die Ursachen und Folgen staatlicher Gewalt und Gewalt gegen den Staat. Zunächst zeigen wir mithilfe quantitativer Protestereignisdaten, dass Gewalt auf beiden Seiten eher die Ausnahme als die Regel ist. Demonstrationen sind überwiegend ein friedlicher Ausdruck politischen Engagements. Dennoch kommt es regelmäßig zu gewaltsamen Ausschreitungen. Basierend auf Erkenntnissen der international vergleichenden Protestforschung diskutieren wir mögliche Erklärungsfaktoren von Gewalt, darunter Opportunitätsstrukturen, strategische und normative Überlegungen sowie Eskalationsdynamiken. Anschließend zeigen wir mögliche Konsequenzen von Gewalt auf. Beispielsweise kann Gewalt zu weniger Akzeptanz sowohl einer sozialen Bewegung als auch staatlicher Institutionen führen. Sie kann einen direkten Effekt auf Protestdynamiken haben und einen indirekten Einfluss auf Wahlergebnisse nehmen. Den Medien kommt eine Schlüsselrolle bei der Rahmung und Beschreibung von Gewalt zu. Ein besseres Verständnis dieser Dynamiken kann helfen, Konflikte auf und abseits der Straße konstruktiver zu lösen.

Schlüsselwörter: Protest, Demonstrationen, Eskalation, Strategie, Polizeigewalt, Widerstand, Gewalt

Abstract

This chapter uses the example of political protest to discuss the causes and consequences of state violence and violence against the state. First, we show with the help of event data on protests that violence on both sides is the exception rather than the rule. The vast majority of demonstrations are peaceful expressions of political engagement. Nevertheless, violent riots and clashes occur regularly. Based on insights from international comparative work on contentious politics, we discuss possible explanatory factors of violence, including opportunity structures, strategic and normative considerations, and escalation dynamics. We then highlight the potential consequences of violence. Violence can have a direct effect on protest dynamics as well as an indirect effect on election outcomes. It can lead to less acceptance and legitimacy of both a social movement and state institutions. The media plays a crucial role in framing and describing violence. A better understanding of these dynamics can help resolve conflicts on and off the streets more constructively.

Die Autoren bedanken sich bei dem Bibliotheksteam des Instituts für Entwicklung und Frieden (INEF) an der Universität Duisburg-Essen und Nikolina Klatt (WZB) für die Unterstützung beim Überarbeiten des Manuskripts sowie bei den Herausgebenden und einem anonymen Reviewer für hilfreiche Kommentare.

Keywords: protest, demonstrations, escalation, strategy, police violence, resistance, violence

In der politischen Theorie sind Gewalt und Staat eng miteinander verknüpft. Nach klassischen Staatsdefinitionen wie der von Weber (1922/1976) bezeichnet man einen Staat als „diejenige menschliche Gemeinschaft, welche innerhalb eines bestimmten Gebietes [...] das Monopol legitimer physischer Gewaltsamkeit für sich (mit Erfolg) beansprucht“ (S. 822). Diesem Verständnis folgend sind der Staat und seine Institutionen die einzigen Akteur:innen, die rechtmäßig Gewalt anwenden.

Zwar ist daher jede Gewalt gegen den Staat per se nicht rechters, aber auch muss der Staat jede Gewaltausübung rechtfertigen. Daraus folgt jedoch keinesfalls, dass alle staatliche Gewalt legitim und jede Gewalt gegen den Staat illegitim ist. Insbesondere in nichtdemokratischen Regimen ist staatliche Gewalt oft willkürlich und zielt auf die Einschüchterung Andersdenkender ab. Gewaltsamer Widerstand gegen einen solchen Staat kann berechtigt sein. Auch in Demokratien kommt es regelmäßig zu unrechtmäßiger oder unverhältnismäßiger Gewalt von Seiten des Staates. In den USA löste der gewaltsame Tod des Afroamerikaners George Floyd durch einen weißen Polizisten im Mai 2020 eine Welle des Protestes und der Empörung aus. Wiederum wendeten auf einigen wenigen der nachfolgenden Demonstrationen auch Protestierende selbst Gewalt an. Auch rund um den G20-Gipfel 2017 in Deutschland kam es zu gewaltsamen Ausschreitungen zwischen Protestierenden und der Polizei mit Dutzenden Verletzten auf beiden Seiten.

Politische Proteste bieten regelmäßig Anlass zur Diskussion über die legitime Anwendung von Gewalt. Da die Sachlage und die genauen Ursachen für die Eskalation oft unklar sind, hängt die Perspektive auf das Geschehen häufig vom politischen Standpunkt zu Polizei und Demonstrierenden ab. Für die einen ist Gewalt gegen den Staat ein legitimer Ausdruck von Wut und das Ergebnis mangelnder Deeskalationsbemühungen der Polizei. Für die anderen kann der Staat nicht hart genug gegen Demonstrierende vorgehen, um die öffentliche Ordnung zu wahren. Proteste eignen sich auch deshalb gut für eine Diskussion über das Verhältnis von Gewalt des Staates und Gewalt gegen den Staat, weil sie häufig und in allen Ländern der Welt stattfinden. Weitere Phänomene mit ähnlicher Relevanz werden an anderer Stelle dieses Handbuches besprochen (siehe Kapitel „Krieg“ und „Terroristische Radikalisierung“).

Anhand des Beispiels von politischem Protest und mit einem Schwerpunkt auf international vergleichenden Studien untersuchen wir in diesem Kapitel Dynamiken und Ursachen von Gewalt des Staates und Gewalt gegen den Staat. Wir beginnen mit einer quantitativ-empirischen Betrachtung der Häufigkeit von Gewalt bei Protesten, diskutieren dann verschiedene Erklärungsansätze für das Entstehen von Gewalt,¹ bevor wir die Folgen genauer beleuchten. Unter anderem zeigen wir, dass Gewalt bei Protesten eher die Ausnahme als die

¹ Wenn wir in diesem Kapitel von Gewalt sprechen, beziehen wir uns zumeist auf physische Gewalt gegen Menschen. Für eine tiefergehende Begriffsdiskussion verweisen wir auf das Kapitel „Konzepte der Gewalt: Ein Überblick“.

Regel ist, obgleich gewaltsame Proteste die mediale Berichterstattung dominieren. Die Ursachen von Gewalteskalation lassen sich unter anderem auf das politische System, in dem Protest stattfindet, strategische sowie normative Überlegungen als auch Emotionen wie Wut, und nicht zuletzt auf dynamische und manchmal auch zufällige Eskalationen zwischen Staat und Demonstrierenden zurückführen. Gewalt von einer oder beiden Seiten kann eine Reihe politischer Prozesse beeinflussen, darunter Sympathie und Unterstützung für eine Protestbewegung, die Legitimität des Staates und seiner Sicherheitsorgane sowie Protestdynamiken. Alle diese Aspekte sollten beachtet werden, wenn man auf eine friedliche Konfliktlösung auf und abseits der Straße hinarbeiten möchte.

Gewalt im Rahmen von Protesten

Proteste werden in der öffentlichen Wahrnehmung oft mit Gewalt in Verbindung gebracht. Gewalt tritt dabei in Form von Vandalismus und Plünderungen bis hin zu physischer Gewalt von Demonstrierenden und Polizeikräften auf. In einigen Fällen, wie etwa den 1. Mai Demonstrationen in Berlin oder Hamburg, kann bereits vorher mit Gewalt gerechnet werden, während sie in anderen Fällen unvorhergesehen auftritt.

Ein Grund für die (Un)Vorhersehbarkeit von Gewalt ist, dass sie einerseits als strategisches Mittel zur Erreichung politischer Ziele genutzt werden kann und sich andererseits oft aus der Situation heraus entwickelt. Um eine solche Unterscheidung empirisch vorzunehmen, sind differenzierte Informationen bezüglich der Gewaltausprägungen während eines Protests notwendig, wie etwa systematische Gewalt gegen Personen oder Sachen. Darüber hinaus ist wichtig zu wissen, welche Akteur:innen jeweils Urheber:innen der Gewalt waren und wie Gewalt motiviert wurde. Diese Informationen können auf Grundlage der medialen Berichterstattung über Proteste oft nicht erhoben werden, da in der medialen Aufmerksamkeit meist Gewalt im Vordergrund steht. Auch in der Protestforschung wurde in den meisten Studien bewusst kein Unterschied zwischen Gewalt gegen Personen oder Gegenstände gemacht (Übersicht bei Martin, McCarthy & McPhail, 2009). Hingegen stand die binäre Unterscheidung zwischen gewaltfreien und gewaltsamen Protesten lange Zeit im Vordergrund und erschwerte einen differenzierteren Blick auf Protestgewalt.

Um Gewalt im Rahmen von Protesten wissenschaftlich zu untersuchen, wurden eine Reihe von Ereignisdatensätzen erstellt. Allerdings sind diese meist begrenzt in der Erfassung unterschiedlicher Dimensionen von Gewalt und Gewaltdynamiken innerhalb eines Protests. Die mediale Berichterstattung ermöglicht die Unterscheidung, ob (a) Gewalt im Rahmen des Protests stattgefunden hat, (b) die Demonstrierenden und/oder die Polizei Gewalt angewendet haben, und (c) Sachen beschädigt oder Personen zu Schaden gekommen sind.

Bei letzterem gibt es zudem die Unterscheidung zwischen physischen Angriffen auf und dem Tod von Personen. In den allermeisten Fällen wurden diese Unterscheidungen jedoch erst gar nicht erhoben oder aber in der Analyse zusammengeführt und als *Protestgewalt* definiert. Dass diese Vereinfachung einem besseren Verständnis des Phänomens von

Hellmeier & Vüllers: Gewalt des Staates und Gewalt gegen den Staat

Gewalt bei Protesten entgegensteht, haben verschiedene Analysen gezeigt (z.B. Martin et al., 2009).

Empirischer Überblick: Gewalt als Bestandteil von Protesten?

Die empirische Protestforschung nutzt vor allem Ereignisdatensätze, die auf der Auswertung von internationalen und nationalen Tageszeitungen beruhen. Neuerdings werden auch Inhalte aus sozialen Medien oder Videodaten zur Analyse und Erfassung von Protestdynamiken genutzt (z.B. Won, Steinert-Threlkeld & Joo, 2017; Nassauer & Legewie, 2020). Der Schwerpunkt in der klassischen sozialen Bewegungsforschung lag dabei auf Protesten in den USA und einigen europäischen Ländern. Proteste in Ländern des Globalen Südens bekamen in der international vergleichenden Forschung erst im letzten Jahrzehnt vermehrt Aufmerksamkeit, einhergehend mit einem gesteigerten Interesse an Protesten als Studienobjekt in der Politikwissenschaft und Konfliktforschung.²

Doch wie verbreitet ist Gewalt bei Protesten? Abbildung 1 zeigt das relative Auftreten von Gewalt ausgehend von Demonstrierenden bzw. staatlichen Sicherheitskräften basierend auf drei verschiedenen Ereignisdatensätzen. Um einen möglichst breiten Einblick in das Protestgeschehen zu erhalten, haben wir uns einen Querschnitt aller Proteste weltweit (*Mass Mobilisation Dataset* [MM], Klein & Regan, 2018), Proteste in autoritären Regimen (*Mass Mobilization in Autocracies* [MMAD], Weidmann & Rød, 2019; Keremoğlu, Hellmeier & Weidmann, 2020) sowie rechtspopulistischer Proteste von Pegida und Gegenprotesten in Deutschland (*Pegida Protest Action Database* [PEGPAD], Vüllers & Hellmeier, 2022) angeschaut. Die Definitionen wurden in der Auswertung so weit wie möglich angeglichen, um einen bestmöglichen Vergleich zu ermöglichen.³

² Eine umfangreiche Datengrundlage zu Protesten samt Visualisierung bietet beispielsweise das *Armed Conflict Location & Event Data Location* (ACLED) Projekt unter <https://acleddata.com>. Für Daten zu Protesten in Europa siehe Kriesi et al. (2020).

³ Bei MM nutzen wir die binär kodierte Variable *protesterviolence* und zählen Festnahmen, Schießereien, Prügeleien und Todesfälle als gewaltsame Interventionen des Staates. Bei MMAD und PEGPAD gelten Demonstrationen mit Zusammenstößen, Verletzten und Toten bzw. Festnahmen als gewaltsam. Ereignisse ohne Erwähnung von Gewalt werten wir als gewaltfrei, da Gewalt einen hohen Nachrichtenwert hat.

Hellmeier & Vüllers: Gewalt des Staates und Gewalt gegen den Staat

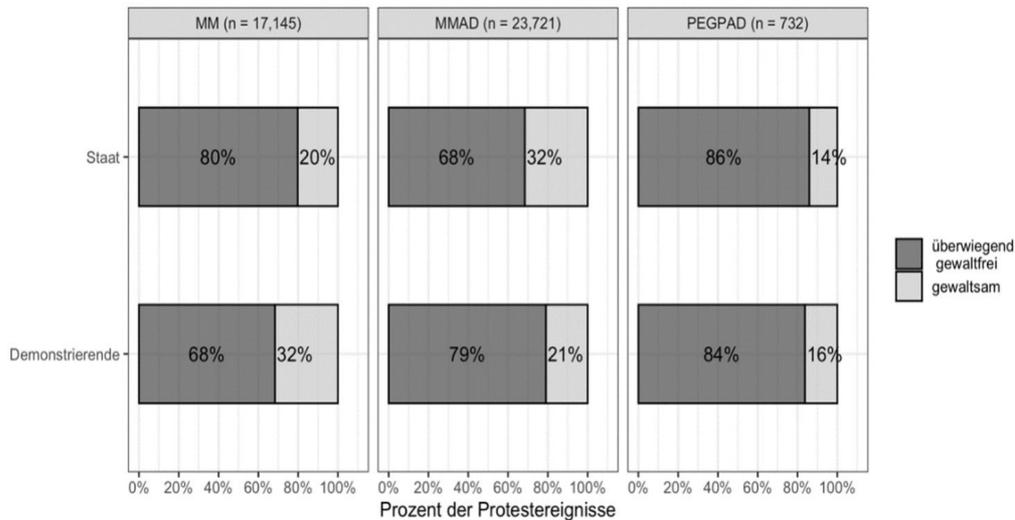


Abb. 1: Übersicht über die Häufigkeit von Gewalt bei Protesten in ausgewählten Ereignisdatensätzen

Wie bereits angedeutet, überdeckt die binäre Einteilung in gewaltfrei und gewaltsam die verschiedenen Formen, in denen Gewalt auftreten kann. Gerade auf Seiten des Staates gibt es ein breites Repertoire an Reaktionen auf Proteste. Abbildung 2 zeigt die relative Häufigkeit verschiedener staatlicher Reaktionen basierend auf der *Mass Mobilization Database* (Klein & Regan, 2018), die eine etwas detailliertere Unterscheidung erlaubt. Die häufigste staatliche Antwort ist laut der ausgewerteten Daten das Ignorieren der Proteste (38%). Etwas mehr als jede fünfte Demonstration wird von Sicherheitskräften aufgelöst. Gewaltsame Interventionen wie Festnahmen, Prügeleien oder Schießereien wurden bei einem Viertel aller Ereignisse registriert. Hierunter fallen auch Todesfälle, die bei 8% aller Proteste zu beobachten sind.

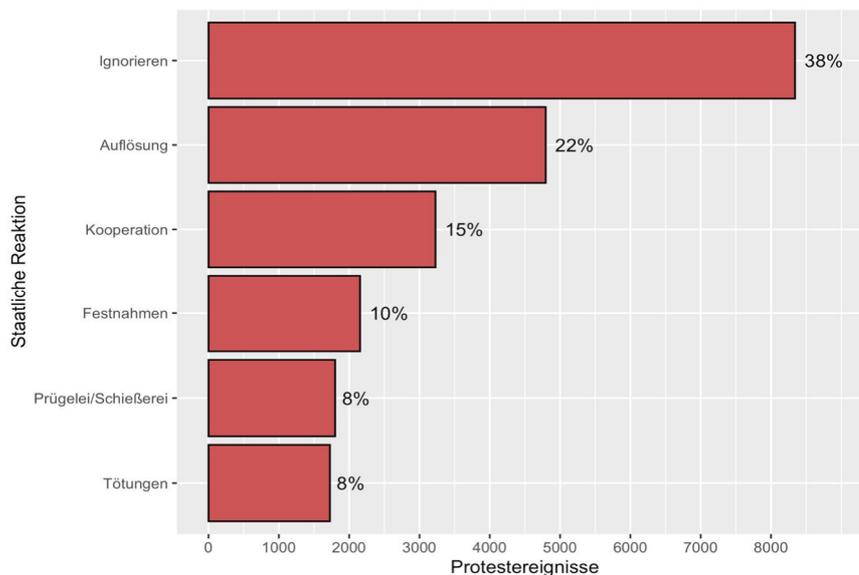


Abb. 2: Staatliche Reaktionen auf Proteste (eigene Berechnung basierend auf Daten von Klein & Regan [2018])

Erklärungsansätze für Gewalt im Rahmen von Protesten

Proteste sind wie gezeigt in ihrer Mehrzahl gewaltfreie Aktivitäten, die von verschiedenen Gruppen genutzt werden, um eine gesellschaftliche Mobilisierung und Veränderung des Status quo zu erreichen. Lange waren Protestgruppen vor allem diskriminierte Gruppen, denen andere Partizipationsmöglichkeiten am politischen System zur Erreichung ihrer Ziele versperrt waren, wie etwa die Teilnahme an Wahlen oder Lobbying (Lipsky, 1968). In den letzten Dekaden hat sich dieses Bild verändert und es kam vermehrt zu Protesten von Gruppen, die für die Beibehaltung von Privilegien oder gegen eine progressive Politik (z.B. gegen die Aufnahme von Geflüchteten oder gleichgeschlechtliche Ehen) auf die Straßen gingen (Blee & Creasap, 2010; Vüllers & Hellmeier, 2022). In all diesen Fällen richtet sich der Protest gegen staatliches Handeln und es kann zu Gewalt gegen den Staat kommen, aber auch zu Gewalt von staatlicher Seite. Im Folgenden stellen wir die in der international vergleichenden Forschung diskutierten Erklärungsansätze für Gewalt von Demonstrierenden, Gewalt von Seiten des Staates, und schließlich Gewalt als Ergebnis von Dynamiken in den Protesten kurz vor.

Gewalt von Demonstrierenden

Für Gewalt, die von den Demonstrierenden ausgeht, gibt es eine Vielzahl an Erklärungsansätzen. Auf diesem Zusammenhang lag lange Zeit der Schwerpunkt vieler Studien. Diese lassen sich entlang ihres Fokus auf den politischen und kulturellen Kontext unterteilen, die strategische Entscheidung Gewalt als Taktik zu nutzen, und schließlich von Gruppenmerkmalen, welche den Gebrauch von Gewalt in Protesten wahrscheinlicher machen.

Proteste finden nicht losgelöst vom gesellschaftlichen und politischen Umfeld statt, vielmehr spielt der Kontext für die Frage nach der Mobilisierung und der Wahl der Proteststrategie eine große Rolle. Die sogenannten politischen Opportunitätsstrukturen, so die verbreitete Annahme, beeinflussen ob und wie gesellschaftliche Gruppen auf die politische Entscheidungsfindung Einfluss nehmen können (Meyer, 2004). Für die Frage nach Gewalt in Protesten wurde vor allem auf den **Grad der Demokratisierung** eines Landes hingewiesen. Es gilt hierbei, dass demokratische Länder weniger Gewalt bei Protesten zeigen sollten als andere politische Regime. Zwei Gründe sind hierfür ausschlaggebend. Zum einen können sich in Demokratien Protestgruppen an einer Vielzahl weniger riskanter Optionen (z.B. Lobbying, Wahlen) der politischen Einflussnahme bedienen; zum anderen bestehen Grundrechte, die gewaltfreie Proteste garantieren (McAdam, Tarrow & Tilly, 2001). Wie Wang und Piazza (2016) zeigen, werden in den USA bei Protesten gegen den Staat im Vergleich zu Protesten gegen andere Ziele weniger disruptive Taktiken genutzt, egal ob sie gewaltfrei oder gewaltsam sind.

Der Zusammenhang zwischen Demokratie und friedlichen Protesten ist jedoch nicht deterministisch zu verstehen. So kann es, wie jüngst bei den Ausschreitungen im Rahmen der *Black Lives Matter*-Bewegung oder der Auseinandersetzung um den angeblichen Wahlbetrug bei den Präsidentschaftswahlen 2020 in den USA geschehen, auch in Demokratien immer

wieder zu gewaltsamen Auseinandersetzungen im Rahmen von Protesten kommen. Gleichzeitig gibt es auch friedliche Proteste in autoritären Regimen, wie die große, gewaltfreie Protestbewegung gegen den Langzeitherrscher Lukaschenko in Belarus 2020 gezeigt hat.

Ein weiterer Grund für die geringe Anzahl gewalttätiger Proteste wird in einer **hohen Staatskapazität** gesehen, die in vielen demokratischen Staaten, aber nicht nur dort, gegeben ist. Sullivan (2019) zeigt anhand des Beispiels Mexikos, dass Staaten mit schwacher Autorität (*authority power*) in den Augen der Bevölkerung und großen Zwangsmitteln (*coercive power*) Protestgewalt wahrscheinlicher machen. Die Unterscheidung zwischen verschiedenen Dimensionen von Staatskapazität erlaubt es, diese theoretischen Ansätze auch für Länder im Globalen Süden nutzbar zu machen. Gleichzeitig kann die Unterscheidung für unterschiedliche Gewaltniveaus bei Protesten in autoritären Ländern angewandt werden, da autoritäre Regime unterschiedliche Herrschaftsstrukturen haben und ihnen in verschiedenem Maße Zwangsmittel zur Verfügung stehen.

Neben den politischen Opportunitätsstrukturen spielt der **kulturelle Kontext** eine Rolle (McAdam et al., 2001). Das Repertoire an Proteststrategien weist kulturelle Besonderheiten auf und verändert sich über die Zeit. So führt die Anwendung von Gewalt in vielen Ländern zu einem Legitimationsverlust der Protestgruppen, während sie vor allem in autoritären Regimen von Teilen der Bevölkerung auch als gerechtfertigt und notwendig angesehen werden kann (Boyle, McLeod & Armstrong, 2012). Die Wahrnehmung von Gewalt steht oft im engen Zusammenhang damit, dass Menschen den Protest oder die Bewegung an sich als (un)gerechtfertigt ansehen (Thomas & Louis, 2013).

Ein zweiter Ansatz in der Forschung stellt die **strategische Entscheidung** der Protestgruppen für oder gegen Gewalt als Taktik in den Mittelpunkt der Überlegungen. Lange hielt sich die Idee, dass sich Gruppen (oder besser *crowds*) irrational verhalten und daher zur Gewalt neigen (Le Bon, 1896). Dieser Ansatz verlor in den letzten Jahrzehnten zunehmend an Zuspruch. Stattdessen hat sich die Annahme durchgesetzt, dass sich Protestgruppen meist rational verhalten und eine strategische Entscheidung hinsichtlich ihres Verhaltens treffen (Chenoweth & Stephan, 2011; Reicher, 1987; Tarrow, 1998).

Die Entscheidung für Gewalt als Strategie kann aber auch mit den **normativen Überzeugungen** einer Protestgruppe zusammenhängen. Ethische Überlegungen führen bei vielen Protestierenden dazu, Gewalt als mögliche Option von vornherein auszuschließen und Gewaltfreiheit als einzige Handlungsoption festzulegen. Aber auch in diesen Fällen kann die Teilnahme am Protest die normativen Überzeugungen verändern. So haben Studien gezeigt, dass als unverhältnismäßig empfundene Polizeigewalt reaktive Gewalt als legitime Handlungsoption für Protestgruppen attraktiv machen kann (Drury & Reicher, 2018).

Wenn eine Bewegung Gewalt aus ethischen Gründen nicht von vornherein ausschließt, ist diese jedoch nur eine mögliche Strategie aus einer Vielzahl weiterer (Tilly, 2008). Gruppen treffen eine strategische Entscheidung und wählen jene Proteststrategie, die sie für am erfolgversprechendsten halten. Da Gewalt mit hohen Kosten und Risiken verbunden ist, stellt sie oft die letzte Wahl dar, wenn zuvor andere Strategien nicht den erhofften Erfolg

gebracht haben (Gurr, 1970). Eine mögliche Erklärung für Radikalisierungsdynamiken ist, dass sich die Protestgruppen in einem Wettkampf um die öffentliche Aufmerksamkeit befinden. In diesen Fällen, so argumentiert etwa die *outbidding*Theorie, ist Gewalt eine erfolgversprechende Strategie, da die Gruppe so ihre Entschlossenheit gegenüber der Sache unterstreicht und eine größere Öffentlichkeit in Form von Medienberichterstattung generiert (Gamson, 1975).

Es kann aber auch sein, dass zunächst gewaltfreie Proteste von staatlicher Seite mit als unverhältnismäßig wahrgenommener Gewalt beantwortet werden, sodass Gewalt als einzig verbliebene Option angesehen wird. Diese Entwicklung von gewaltfreien hin zu gewaltsamen Proteststrategien gilt jedoch nicht für jene Gruppen, die von vornherein Gewalt als erfolgversprechend ansehen. So sehen Terrorist:innen oder Rebell:innen Gewalt als eine solche Option an, und Links- und Rechtsextreme empfinden Gewalt gegen bestimmte Ziele oft als gerechtfertigt und sogar notwendig (siehe Kapitel „Rechtsextremismus“ und „Terroristische Radikalisierung“).

Gewalt kann jedoch auch ein **Nebenprodukt größtenteils gewaltfreier Proteste** sein, auch wenn sie die öffentliche Wahrnehmung bestimmt. Neben der später diskutierten Gewaltdynamik aus dem Protestgeschehen heraus sind zwei Faktoren hierfür erklärungskräftig. Erstens reicht eine kleine Gruppe, um Gewalt in einem ansonsten friedlichen Protest auszulösen (siehe auch Della Porta & Tarrow 1986). Diese kleinen Gruppen sind oft nur begrenzt von einer Protestbewegung zu kontrollieren oder agieren gar als *Agent Provocateur*. Eine zweite Erklärung ist die schiere Größe eines Protests, wobei eine möglichst große Mobilisierung Ziel der meisten Protestgruppen ist. Eine große Menschenmasse bedingt, dass allein durch Zufall Sachschäden entstehen (Martin et al., 2009). Mit zunehmenden Teilnehmendenzahlen wird es auch schwieriger für die Organisator:innen, alle Demonstrierenden auf den Straßen zu erreichen und die notwendige Disziplin für gewaltfreie Aktivitäten immer und überall sicherzustellen.

Auch die Zerstörung und Plünderung von Geschäften wird in einigen Ländern mit Protesten in Verbindung gebracht. In vielen dieser Fälle besteht jedoch nur ein mittelbarer Zusammenhang mit den Protesten und es sollte zwischen beiden Ereignissen unterschieden werden, auch wenn dies in der Medienberichterstattung oft nicht erfolgt. Die Zeit kurz nach vornehmlich gewaltfreien Protesten kann als eine vielversprechende Möglichkeit für Plünderungen angesehen werden, da die Polizei oft noch mit den Protesten selbst beschäftigt ist und die Masse an Menschen auf den Straßen Kriminellen Schutz bieten kann. Es wäre jedoch falsch – von wenigen anarchistischen Protesten abgesehen – die Plünderungen und Zerstörung von Eigentum als Teil des Protests zu verstehen. Studien haben indes gezeigt, dass die Wahrscheinlichkeit von Gewalt gegen Dinge oder Personen von der Größe des Protests und der Protestziele abhängt. Insgesamt gilt hierbei, dass sich die Wahrscheinlichkeit für Gewalt mit der Größe des Protests erhöht, während die Art der Gewalt, d.h. gegen Personen oder Sachen, von den Zielen abhängt. So zeigt sich, dass sich Gewalt mit zunehmender Größe eines Protests zuvorderst gegen staatliche Sicherheitskräfte und öffentliche Gebäude richtet und weniger gegen Zivilist:innen oder privates Eigentum (Martin et al., 2009).

In der Forschung wird oft auf die **Gruppenidentität** verwiesen, um eine höhere Gewaltneigung bestimmter Protestgruppen zu erklären. Eine erste Unterscheidung nimmt verschiedene Ideologien in den Blick. In den letzten Jahren hat sich ein Forschungszweig entwickelt, der vor allem auf extremistische Gruppen fokussiert und Unterschiede in den Gewalthandlungen aufzeigt (z.B. zu Terrorismus siehe u.a. Horowitz, Perkosi & Potter, 2018; zu Rechts- und Linksextremismus in Deutschland siehe u.a. Krumm, 2015). Auch haben sich einige Studien mit der Gewaltbereitschaft unterschiedlicher sozialer Gruppen beschäftigt. Die Annahme dahinter ist, dass Gewalt eine taktische Präferenz ist, die sich aus den Gruppenidentitäten ableiten lässt. Die Ergebnisse sind jedoch sehr kontextabhängig, was die Identifizierung von grundsätzlich gewaltaffinen sozialen Gruppen unmöglich macht. So zeigen Della Porta und Tarrow (1986) beispielsweise für den Fall Italien (1966-1973), dass Proteste von Studierenden und jungen Menschen eine höhere Wahrscheinlichkeit für Gewalt aufweisen. Dahlum (2019) findet hingegen, dass die Beteiligung von Studierenden die Wahrscheinlichkeit erhöht, dass eine Widerstandsbewegung gewaltfrei ist.

Darüber hinaus gibt es Ansätze, die das Protestverhalten aus einer organisationssoziologischen Perspektive erklären. So wird davon ausgegangen, dass eine hohe interne Disziplin und Kenntnisse über die anzuwendenden Taktiken Voraussetzungen für gewaltfreie Proteste sind. Ein weiterer wichtiger Grund wird in der Forschung in der zunehmenden **Professionalisierung von Protestgruppen** gesehen. Die organisatorischen Interessen, wie Möglichkeiten von Gruppen, Einfluss zu nehmen, werden mit ihrer Institutionalisierung höher, während die Risiken für einzelne Protestgruppen, zur Gewalt zu greifen, groß bleiben (Kriesi, 1996; Wang & Piazza, 2016). Dies gilt auch für gewaltfreie Widerstandsbewegungen, die sich oft gegen ein autoritäres Regime richten und ihren Erfolg nicht zuletzt aus ihrer konsequenten Gewaltfreiheit auch angesichts staatlicher Repression ziehen (Chenoweth & Stephan, 2011). Demgegenüber steht der Verweis auf spontane Dynamiken in einzelnen Protesten, die auch zu einer Gewalteskalation führen können (Snow & Moss, 2014). In der Zukunft gilt es hier, theoretische Ansätze mit genaueren Daten zusammenzufügen, um die Theorien einer empirischen Überprüfung zu unterziehen.

Zudem kann Gewalt durch Demonstrierende auch eine **Antwort auf staatliche Gewalt** sein. Wenn das Verhalten des Staates als illegitim und unverhältnismäßig wahrgenommen wird, steigt die Bereitschaft, als Protestgruppe selbst auf gewaltsame Mittel zurückzugreifen. Auf der Straße spielen Emotionen wie Angst und Wut eine entscheidende Rolle. Protestierende, die sich von staatlichen Akteuren in ihrer Sicherheit bedroht sehen, neigen eher zu Gewalt (Johnston, 2014).

Gewalt von Seiten des Staates

Studien haben sich auch mit der Gewalt von Seiten des Staates im Kontext von Protesten beschäftigt. Den meisten dieser Analysen liegt der Gedanke zugrunde, dass der Staat, genauer gesagt die Regierung, versucht, an der Macht zu bleiben. Proteste können unter be-

stimmten Umständen insbesondere in autoritär geführten Regimen den Machterhalt gefährden und als potenzielles Risiko aufgefasst werden (Davenport, 2007a; Pierskalla, 2010). Dem Staat stehen unterschiedliche Reaktionsmöglichkeiten zur Verfügung – von der Akzeptanz der Forderung bis hin zur gewaltsamen Repression der Proteste. Für den Staat ist handlungsleitend, welche Kosten und Nutzen mit den einzelnen Reaktionsmöglichkeiten verbunden sind (Klein & Regan, 2018). Gewalt von Seiten des Staates ist *eine* mögliche Handlungsoption; andere repressive, aber gewaltfreie Strategien sind zum Beispiel die Unterwanderung von Protestgruppen oder präventive Festnahmen von Aktivist:innen (Davenport, 2014; Earl, 2011).

Ein Staat übt nicht wahllos Gewalt gegen Demonstrierende oder Protestbewegungen aus; vielmehr ist es eine **strategische Entscheidung** der Machthabenden. Bei der Entscheidungsfindung wird zumeist der Nutzen gegen die mit der Gewalt verbundenen Kosten und Risiken abgewogen. So können militärische Einheiten die Gefolgschaft versagen, wenn sie ein gewaltsames Vorgehen gegen friedliche Proteste als unverhältnismäßig ansehen (Nepstad, 2013). Da Regierungen auf die Unterstützung des Militärs angewiesen sind, was insbesondere für autoritäre Regime gilt, ist es ein – wenn auch begrenztes – Risiko, mit (exzessiver) Gewalt gegen (gewaltfreie) Proteste vorzugehen. Entscheidend für die Akzeptanz von Gewalt bei den Sicherheitskräften ist, ob jene die Proteste selbst als Gefährdung wahrnehmen (Chenoweth & Stephan, 2011; Davenport, 2007a; Earl, 2011).

Verschiedene Eigenschaften eines Regierungssystems beeinflussen, ob Gewalt von staatlicher Seite ausgeübt wird. Davenports (2007a) „law of coercive responsiveness“ beschreibt, dass beinahe jedes autoritär geführte Regime mit Repression reagiert, wenn es von Oppositionsbewegungen unter Druck gesetzt wird. Dennoch gibt es auch innerhalb der Gruppe der **autoritären Regime** signifikante Unterschiede hinsichtlich der Anwendung von Gewalt. Beispielsweise gehen Einparteiensysteme weniger repressiv vor als andere Regime-typen (Davenport, 2007b). Auch steht die Konzentration von Macht in den Händen weniger mit einem Anstieg an Gewalt in Zusammenhang (Frantz, Kendall-Taylor, Wright & Xu, 2020). Autoritäre Machthaber können oft nicht allein über Repression entscheiden, sondern die Sicherheitskräfte selbst spielen eine wichtige Rolle. So wird auf unterschiedliche Ideologien, Ausbildungshintergründe und Rollenverständnisse der einzelnen Einheiten innerhalb des Sicherheitsapparats als Erklärung für die zu beobachtenden Unterschiede im repressiven Vorgehen in autoritären Regimen verwiesen (Greitens, 2016; Hassan, 2017).

Demgegenüber steht die Annahme, dass Demokratien grundsätzlich weniger Gewalt gegen Protestgruppen anwenden, da diesem der Rechtsstaat und Freiheitsrechte entgegenstehen (Carey, 2006; Muller & Weede, 1990). Dieser Zusammenhang ist robust über mehrere Studien (Davenport 2007a), was jedoch nicht bedeutet, dass Demokratien niemals Gewalt gegen Protestierende anwenden. Der Fokus liegt jedoch auf den zivilen Sicherheitskräften (z.B. Polizei) und weniger auf dem Militär. Die Forschung zu Protest Policing legt hierbei den Schwerpunkt auf den Umgang der Polizei mit Protesten. Auch hier spielt die Wahrnehmung von Bedrohung durch den Protest eine entscheidende Rolle (Earl, Soule & McCarthy, 2003). Der polizeiliche Umgang mit Protesten hat sich über die letzten Jahrzehnte in Demokratien

weiterentwickelt. Dominierte früher ein Ansatz, der Gewalt gegen Proteste als gerechtfertigt und notwendig sah („escalated force“), wurde dieser zunehmend von einem verständigungsorientierten Ansatz („negotiated management“) abgelöst (Earl, 2011). Diese Entwicklung nahm ihren Ursprung in den USA und hat sich auch in den europäischen Demokratien durchgesetzt (Della Porta & Reiter 1998). Dies bedeutet jedoch nicht, dass die Polizei nicht auch in westlichen Demokratien heute mit Gewalt gegen Protest vorgeht (Nassauer, 2019). Das Polizeiverhalten in Protesten wird von den politischen und rechtlichen Vorgaben, der Ausbildung der Polizeikräfte, sowie der Interaktion der Polizei mit den Demonstrierenden beeinflusst (Earl, 2011; Della Porta & Reiter, 1998).

Gewalt als Ergebnis von Protestdynamiken

Gewalt kann auch das Ergebnis von **Dynamiken während der Protestveranstaltung** sein, die weder von der Polizei noch von den Demonstrierenden gewollt war. Nassauer (2019) unterscheidet hierbei zwischen drei Pfaden, die zu Gewalt führen können. Die drei Pfade verbindet die Erkenntnis, dass einzelne Demonstrierende oder Polizeikräfte durch ihr (un)geplantes Verhalten eine Dynamik in Gang setzen können, die den Protest in Gewalt enden lassen kann. Dies kann durch Sachbeschädigung, körperliches Bedrängen und fehlerhafte Kommunikation innerhalb sowie zwischen Demonstrierenden und Polizeikräften entstehen. Alle diese Dynamiken lösen Emotionen auf beiden Seiten aus, die von Ärger bis Wut reichen und Gewalt wahrscheinlicher machen können. Hilfreich ist hier das von Collins (2008) entwickelte Konzept der *Vorwärtspanik*, das zu verstehen hilft, wie sich Spannung aufbaut und letztlich in wenig zielgerichteter, aber übermäßiger Gewalt entlädt. Im Rahmen von Demonstrationen kommt es besonders häufig zu Gewalt, wenn sich kleinere Gruppen von Polizeikräften und Protestierenden in sog. „mini-confrontations“ gegenüberstehen (Collins, 2008, S. 126).

Wie diese unterschiedlichen Dynamiken zeigen, ist Gewalt nicht zwangsläufig von einer oder beiden Seiten geplant, sondern kann als Ergebnis von Dynamiken im Protestgeschehen selbst entstehen. Gleichzeitig wird deutlich, warum nur wenige Proteste tatsächlich Gewalt in irgendeiner Form beinhalten. Die Protestgruppen und Sicherheitskräfte sind allein und auch gemeinsam in der Lage, Gewalt zu vermeiden. Diese Gewaltvermeidungsstrategien umfassen neben Selbstdisziplin und Training auch die Etablierung interner und intra-organisatorischer Kommunikation, um auf neue Gegebenheiten schnell reagieren zu können (Nassauer, 2019).

Konsequenzen von Gewalt gegen und vom Staat

Nachdem wir mögliche Erklärungen für das Auftreten von Gewalt im Rahmen von Protesten und darüber hinaus beschrieben haben, widmen wir uns den Folgen von Gewalt. Die mitunter weitreichenden Konsequenzen sowohl für Aktivist:innen und soziale Bewegungen als auch staatliche Akteur:innen sind in Abbildung 3 skizziert.

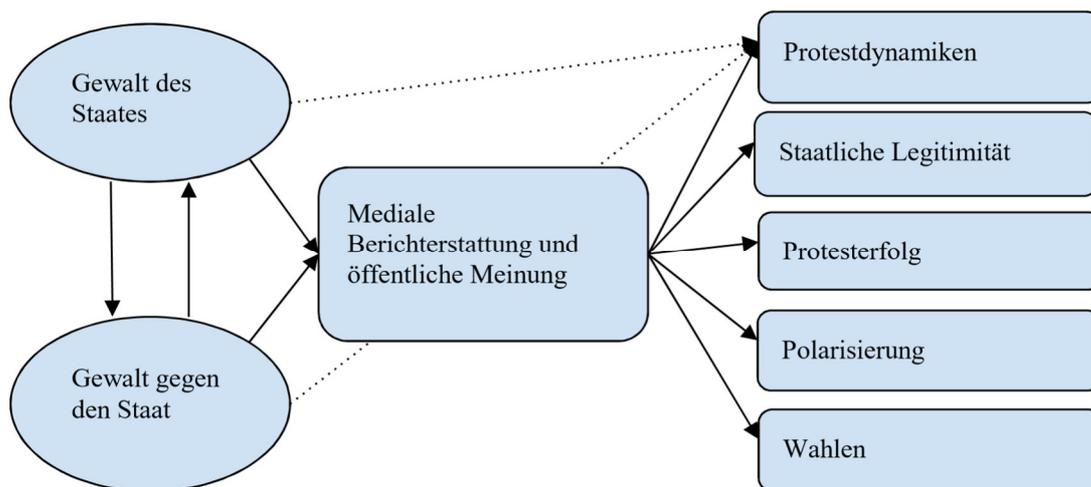


Abb. 3: Übersicht der möglichen Folgen von Gewalt bei Protesten (eigene Darstellung)

Obwohl Gewalt am stärksten diejenigen betrifft, die sie unmittelbar erleben, entfaltet sich ihre größere politische Bedeutung vor allem im öffentlichen Diskurs. Die Medien spielen hierbei eine große Rolle. Abgesehen von direkt von der Gewalt Betroffenen haben die meisten Bürger:innen nur einen indirekten Zugang zu den Ereignissen. Die Mehrheit bezieht ihr Wissen aus Medienberichten über Gewalt. Es ist daher entscheidend, wie Gewalt in den Medien gerahmt und dargestellt wird, welche Akteur:innen als Initiator:innen der Gewalt genannt werden und welche Motive ihnen zugeschrieben werden. Dabei sind Medien nicht als neutrale Übermittler einer objektiv verstandenen Wirklichkeit zu betrachten. Vielmehr beeinflusst die ideologische Färbung eines Mediums die Berichterstattung. So können Emotionen, wie beispielsweise Wut, je nach Kontext als berechtigt und legitim oder irrational und unvernünftig dargestellt werden (Wahl-Jorgensen, 2018). Außerdem sind die meisten Medien der Aufmerksamkeits- und Marktlogik des Nachrichtengeschäfts unterworfen, was erklärt, warum Gewalt mal mehr und mal weniger Aufmerksamkeit bekommt.

In der Forschung spricht man oft vom Phänomen des sogenannten *ProtestParadigma*, worunter die abwertende und delegitimierende Berichterstattung über Proteste und Bewegungen verstanden wird, die den politischen Status quo ablehnen (McLeod & Hertog, 1999). Extreme Forderungen und Taktiken, insbesondere Gewalt, werden tendenziell negativer gerahmt und besprochen als moderate Forderungen und gewaltfreier Widerstand (Boyle et al., 2012). In autoritären Regimen, in denen der Staat einen großen Einfluss auf die Presse ausübt, ist es für Aktivist:innen besonders schwer, gegen das Protest-Paradigma anzuarbeiten. Gleichwohl entbrennen auch in Demokratien regelmäßig

Auseinandersetzungen um die Deutungshoheit. Die Verbreitung des Internets und sozialer Medien haben die Macht der klassischen Medien in der Protestberichterstattung jedoch gemindert. Mehr und mehr nutzen Organisationen, aber auch staatliche Institutionen, selbst hergestelltes Material, um ihre Perspektive in den öffentlichen Diskurs einzubringen (Almeida & Lichbach, 2003).

Über die Medien gelangen Darstellungen sowie Be- und Zuschreibungen von Gewalt in die Öffentlichkeit, wo sie politische Prozesse auf verschiedenen Ebenen beeinflussen können. Auch wenn wie oben beschrieben Täter- und Opferrollen in erster Linie Selbst- oder Fremdzuschreibung und selten eindeutig sind, unterscheiden wir in der Diskussion der Übersichtlichkeit halber zwischen Folgen von Gewalt des Staates und Gewalt gegen den Staat.

Zunächst wirkt sich staatliche Gewalt direkt auf die Protestdynamik aus. Insbesondere der Effekt von staatlicher Repression auf zukünftige Proteste hat viel Aufmerksamkeit in der Forschung erhalten, allerdings mit gemischten Ergebnissen. Auf der einen Seite kann Gewalt des Staates eine Gegenreaktion in Form eines sogenannten *Backlash* auslösen (Francisco, 2004). Nach dieser Logik sorgt Wut und Empörung über als unrechtmäßig empfundenes staatliches Handeln für einen Zulauf zu Demonstrationen. Diese Dynamik ist unter anderem für die Gezi-Proteste in der Türkei (Aytaç, Schiumierini & Stokes, 2018) und die Gelbwestenproteste in Frankreich belegt (Adam-Troian, Çelebi & Mahfud, 2020). Auf der anderen Seite kann Angst vor staatlicher Repression abschreckend wirken und zu weniger Mobilisierung führen (Young, 2019). Eine vor kurzem veröffentlichte Metastudie mit Daten auf subnationaler Ebene findet Evidenz für einen invertierten u-förmigen Zusammenhang (Zhukov, Davenport & Kostyuk, 2019). Die mittelschwere Gewaltanwendung des Staates, beispielsweise in Form von Tränengas, Gummigeschossen und Festnahmen, führt zu mehr Wut auf Seiten der Demonstrierenden und befeuert so das Protestgeschehen. Schwere Gewaltanwendung hingegen hat einen negativen Effekt, da sie auf viele einschüchternd wirkt (Zhukov et al., 2019).

Neben dem Effekt auf Protestdynamiken kann Gewalt von Seiten des Staates zu weniger Legitimität führen. Gewalt kann das Vertrauen in staatliche Institutionen und das politische System als Ganzes erschüttern. Eine Studie der Proteste im Nachgang der Ermordung des Afroamerikaners George Floyd durch einen weißen Polizisten zeigt, dass dieser zu einer negativen Bewertung der Polizei und einer stärker wahrgenommenen Diskriminierung von Schwarzen geführt hat – außer bei sehr konservativen Amerikaner:innen (Reny & Newman, 2021). Curtice und Behlendorf (2021) finden eine ähnliche Dynamik in Form sinkender Unterstützung für Sicherheitskräfte nach Gewalt gegen Demonstrierende in Uganda.

An dieser Stelle muss betont werden, dass staatliche Gewalt nicht per se unpopulär ist. Oft befürworten Teile der Gesellschaft ein hartes Vorgehen gegen Gruppen, die sie als gefährlich wahrnehmen oder denen sie feindlich gegenüber eingestellt sind. So kann Repression populär sein, insbesondere wenn sie sich gegen klar identifizierbare gesellschaftliche Gruppen richtet. Am Ende kann diese Dynamik und damit einhergehende Forderungen nach mehr Gewalt durch den Staat zu mehr **Polarisierung** in der Gesellschaft führen (Nugent, 2020).

Auch Gewalt von Aktivist:innen und Bewegungen kann politische Konsequenzen haben. Gewalt bzw. Gewaltfreiheit kann den **Erfolg** von Bewegungen direkt und indirekt beeinflussen. Eine weit rezipierte Studie von Chenoweth und Stephan (2011) zeigt, dass Widerstandsbewegungen, die vorwiegend auf friedliche Mittel setzen, ihre Ziele doppelt so häufig erreichen. Nach den Autorinnen der Studie liegt dies vor allem darin begründet, dass gewaltfreier Widerstand leichter Backlash-Effekte erzeugt und es dem Staat schwerer macht, eine

Bewegung als „terroristisch“ oder „auführerisch“ zu diffamieren. Darüber hinaus treibt Gewaltfreiheit einen Keil zwischen die Unterstützungsgruppen eines Regimes. Innerhalb des Militärs und der Polizei kommt es eher zu Befehlsverweigerung und Meuterei, wenn von Sicherheitskräften verlangt wird, eine friedliche Bewegung niederzuschlagen. Neuere Zahlen legen jedoch nahe, dass die Erfolgsquote gewaltfreier Bewegungen in den letzten Jahren gesunken ist (Chenoweth, 2020).

Gewalt kann die **Reputation** einer Bewegung in der öffentlichen Wahrnehmung nachhaltig schwächen. Umfrageexperimente zeigen, dass Menschen die Repression des Staates befürworten, wenn eine Gruppe als gewaltsam wahrgenommen wird (Edwards & Arnon, 2021). Gewaltsame Proteste führen auch dazu, dass die beteiligten Gruppen und ihre Ziele als unvernünftig eingeschätzt werden, woraufhin die Identifikation mit und die Unterstützung für diese Gruppen in der Bevölkerung schwindet (Simpson, Willer & Feinberg, 2018). Aber auch indirekte Effekte sind möglich. So zeigt eine Studie von Wasow (2020), wie gewaltsame Proteste der Bürgerrechtsbewegung in den USA zu einem erhöhten Stimmenanteil für konservative Kräfte bei anschließenden **Wahlen** geführt haben. Gewalt der Demonstrierenden führte hier zu mehr Unterstützung für eine *Law & Order*-Politik und lief somit den eigentlichen Zielen der Bewegung zuwider.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass Gewalt politische Prozesse auf verschiedensten Ebenen beeinflussen kann. Dabei ist wichtig, welche Akteur:innen als Urheber:innen der Gewalt wahrgenommen werden und wie Gewalt medial gerahmt wird.

Fazit

Proteste sind Bestandteil der politischen Auseinandersetzung einer jeden Gesellschaft. In ihrer weit überwiegenden Anzahl sind es friedliche, gewaltfreie Aktivitäten, die auf Missstände jeglicher Art aufmerksam machen. Bei der geringen Anzahl gewaltsamer Proteste lassen sich nur schwer allgemeingültige Erklärungen herausarbeiten. Vielmehr scheint alles auf den speziellen Kontext hinzudeuten: Wer sind die Protestgruppen? In welcher Gesellschaft leben sie? Was sind ihre Ziele? Welchen Vorgaben folgen die staatlichen Sicherheitskräfte?

In vielen Fällen kommt erschwerend hinzu, dass die Interaktion zwischen Demonstrierenden und staatlichen Sicherheitskräften die Protestdynamiken ändern kann. So führen mangelnde Kommunikation und unvorhergesehenes Verhalten beider Seiten zu einer höheren Wahrscheinlichkeit, dass ein Eskalationspfad hin zur Gewalt beschritten wird. Gleichzeitig bedeutet dies jedoch auch, dass Vorsorge getroffen werden und so ein friedlicher Protest in den meisten Fällen sichergestellt werden kann. Ausnahme sind jene Gruppen, die Gewalt als legitime oder gar erstrebenswerte Proteststrategie ansehen. Gewalt kann sich allerdings auch negativ auf die Ziele der Protestgruppen selbst, wie auch die der Sicherheitskräfte, auswirken. Dies erklärt auch, warum die weit überwiegende Mehrheit von Protesten in den unterschiedlichsten Kontexten gewaltfrei ist.

Literaturverzeichnis

- Adam-Troian, J., Çelebi, E. & Mahfud, Y. (2020). "Return of the repressed": Exposure to police violence increases protest and self-sacrifice Intentions for the Yellow Vests. *Group Processes & Intergroup Relations*, 23(8), 1171-1186.
<https://doi.org/10.1177/1368430220920707>
- Almeida, P. & Lichbach, M. (2003). To the internet, from the internet: Comparative media coverage of transnational protests. *Mobilization: An International Quarterly*, 8(3), 249-272. <https://doi.org/10.17813/maiq.8.3.9044l650652801xl>
- Aytaç, S. E., Schiumerini, L. & Stokes, S. (2018). Why do people join backlash protests? Lessons from Turkey. *Journal of Conflict Resolution*, 62(6), 1205-1228.
<https://doi.org/10.1177/0022002716686828>
- Blee, K. M. & Creasap, K.A. (2010). Conservative and right-wing movements. *Annual Review of Sociology*, 36(1), 269-286. <https://doi.org/10.1146/annurev.soc.012809.102602>
- Boyle, M. P., McLeod, D. M. & Armstrong, C. L. (2012). Adherence to the protest paradigm: The influence of protest goals and tactics on news coverage in U.S. and international newspapers. *The International Journal of Press/Politics*, 17(2), 127-144.
<https://doi.org/10.1177/1940161211433837>
- Carey, S. C. (2006). The dynamic relationship between protest and repression. *Political Research Quarterly*, 59(1), 1-11. <https://doi.org/10.1177/106591290605900101>
- Chenoweth, E. & Stephan, M. (2011). *Why civil resistance works: The strategic logic of nonviolent conflict*. New York, NY: Columbia University Press.
- Chenoweth, E. (2020). The future of nonviolent resistance. *Journal of Democracy*, 31(3), 69-84. <https://doi.org/10.1353/jod.2020.0046>
- Collins, R. (2008). *Violence: A micro-sociological theory*. Princeton, NJ: Princeton University Press. <https://doi.org/10.1515/9781400831753>
- Curtice, T. B. & Behlendorf, B. (2021). Street-level repression: Protest, policing, and dissent in Uganda. *Journal of Conflict Resolution*, 65(1), 166-194.
<https://doi.org/10.1177/0022002720939304>
- Dahlum, S. (2019). Students in the streets: Education and nonviolent protest. *Comparative Political Studies*, 52(2), 277-309. <https://doi.org/10.1177/0010414018758761>
- Davenport, C. (2007a). State repression and political order. *Annual Review of Political Science*, 10(1), 1-23. <https://doi.org/10.1146/annurev.polisci.10.101405.143216>
- Davenport, C. (2007b). State repression and the tyrannical peace. *Journal of Peace Research*, 44(4), 485-504. <https://doi.org/10.1177/0022343307078940>
- Davenport, C. (2014). *How social movements die: Repression and demobilization of the Republic of New Africa*. Cambridge, MA: Cambridge University Press.
<https://doi.org/10.1017/CBO9781139649728>
- Della Porta, D. & Reiter, H. (Hrsg.) (1998). *Policing protest: The control of mass demonstrations in Western democracies*. Minneapolis, MN: Univ. of Minn. Press.

- Della Porta, D. & Tarrow, S. (1986). Unwanted children: Political violence and the cycle of protest in Italy, 1966-1973. *European Journal of Political Research*, 14(5-6), 607-632. <https://doi.org/10.1111/j.1475-6765.1986.tb00852.x>
- Drury, J. & Reicher, S. (2018). The conservative crowd? How participation in collective events transforms participants' understandings of collective action. In B. Wagoner, F. Moghaddam & J. Valsiner (Hrsg.), *The psychology of radical social change: From rage to revolution* (S. 11-28). Cambridge, MA: Cambridge University Press. <https://doi.org/10.1017/9781108377461.003>
- Earl, J. (2011). Political repression: Iron fists, velvet gloves, and diffuse control. *Annual Review of Sociology*, 37(1), 261-284. <https://doi.org/10.1146/annurev.soc.012809.102609>
- Earl, J., Soule S. A. & McCarthy, J. D. (2003). Protest under fire? Explaining the policing of protest. *American Sociological Review*, 68(4), 581-606. <https://doi.org/10.2307/1519740>
- Edwards, P. & Arnon, D. (2021). Violence on many sides: Framing effects on protest and support for repression. *British Journal of Political Science*, 51(2), 488-506. <https://doi.org/10.1017/S0007123419000413>
- Francisco, R. (2004). After the massacre: Mobilization in the wake of harsh repression. *Mobilization: An International Quarterly*, 9(2), 107-126. <https://doi.org/10.17813/maiq.9.2.559246137656n482>
- Frantz, E., Kendall-Taylor, A., Wright J. & Xu, X. (2020). Personalization of power and repression in dictatorships. *The Journal of Politics*, 82(1), 372-377. <https://doi.org/10.1086/706049>
- Gamson, W. A. (1975). *The strategy of social protest*. Homewood, Ill: Dorsey Press.
- Greitens, S. C. (2016). *Dictators and their secret police: Coercive institutions and state violence*. Cambridge, MA: Cambridge University Press. <https://doi.org/10.1017/CBO9781316489031>
- Gurr, T. R. (1970). *Why men rebel*. Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Hassan, M. (2017). The strategic shuffle: Ethnic geography, the internal security apparatus, and elections in Kenya. *American Journal of Political Science*, 61(2), 382-395. <https://doi.org/10.1111/ajps.12279>
- Horowitz, M., Perkoski, E. & Potter, P. (2018). Tactical diversity in militant violence. *International Organization*, 72(1), 139-171. <https://doi.org/10.1017/S0020818317000467>
- Johnston, H. (2014). The mechanisms of emotion in violent protest. In L. Bosi, C. Demetriou & S. Malthaner (Hrsg.), *Dynamics of political violence. A process-oriented perspective on radicalization and the escalation of political conflict* (S. 27-50). London, England: Routledge. <https://doi.org/10.4324/9781315578323>
- Keremoğlu, E., Hellmeier, S. & Weidmann, N. B. (2020). Coding Instructions for the Mass Mobilization in Autocracies Database, version 3.0. Verfügbar unter: <https://madata-base.org/download/367/>
- Klein, G. & Regan, P. (2018). Dynamics of political protests. *International Organization*, 72(2), 485-521. <https://doi.org/10.1017/S0020818318000061>

- Kriesi, H. (1996). The organizational structure of new social movements in a political context. In D. McAdam, J. D. McCarthy & M. N. Zald (Hrsg.), *Comparative perspectives on social movements. Political opportunities, mobilizing structures, and cultural framings* (S. 152-184). Cambridge, MA: Cambridge University Press.
<https://doi.org/10.1017/CBO9780511803987.009>
- Kriesi, H., Wüest, B., Lorenzini, J., Makarov, P., Enggist, M., Rothenhäusler, K. ... Wang, C. (2020). PolDem-Protest Dataset 30 European Countries, Version 1. PolDem. Verfügbar unter: <https://poldem.eui.eu/download/protest-events/>
- Krumm, T. (2015). Entwicklungen politisch motivierter Gewalt im Vergleich der Bundesländer, 1996-2013. *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft*, 9, 19-47.
<https://doi.org/10.1007/s12286-015-0242-0>
- Le Bon, G. (1896). *The crowd: A study of the popular mind*. New York, NY: Macmillan.
- Lipsky, M. (1968). Protest as a political resource. *American Political Science Review*, 62(4), 1144-1158. <https://doi.org/10.2307/1953909>
- Martin, A. W., McCarthy, J. D. & McPhail, C. (2009). Why targets matter: Toward a more inclusive model of collective violence. *American Sociological Review*, 74(5), 821-841.
<https://doi.org/10.1177/000312240907400507>
- McAdam, D., Tarrow, S. & Tilly, C. (2001). *Dynamics of contention*. Cambridge, MA: Cambridge University Press. <https://doi.org/10.1017/CBO9780511805431>
- McLeod, D. M. & Hertog, J. K. (1999). Social control, social change and the mass media's role in the regulation of protest groups. In D. Demers and K. Viswanath (Hrsg.), *Mass media, social control, and social change. A Macrosocial Perspective* (S. 305-330). Ames, IA: Iowa State University, 305-330.
- Meyer, D. S. (2004). Protest and political opportunities. *Annual Review of Sociology*, 30(1), 125-145. <https://doi.org/10.1146/annurev.soc.30.012703.110545>
- Moore, W. H. (1998). Repression and dissent: Substitution, context, and timing. *American Journal of Political Science*, 42(3), 851-873.
- Muller, E. N. & Weede E. (1990). Cross-national variation in political violence: A rational action approach. *Journal of Conflict Resolution*, 34(4), 624-651.
<https://doi.org/10.1177/0022002790034004003>
- Nassauer, A. (2019). *Situational breakdowns: Understanding protest violence and other surprising outcomes*. New York, NY: Oxford University Press. DOI: 10.1093/oso/9780190922061.001.0001
- Nassauer, A. & Legewie N. M. (2020). Methodologische Entwicklungen in der Gewaltforschung. Videodatenanalyse, Mixed Methods und Big Data. *Österreichische Zeitschrift für Soziologie*, 45, 135-156. <https://doi.org/10.1007/s11614-020-00412-1>
- Nepstad, S. E. (2013). Mutiny and nonviolence in the Arab Spring: Exploring defections and loyalty in Egypt, Bahrain, and Syria. *Journal of Peace Research*, 50(3), 337-349.
<https://doi.org/10.1177/0022343313476529>
- Nugent, E. (2020). *After repression. How polarization derails democratic transition*. Princeton, NJ: Princeton University Press.

Hellmeier & Vüllers: Gewalt des Staates und Gewalt gegen den Staat

Pierskalla, J. H. (2010). Protest, deterrence, and escalation: The strategic calculus of government repression. *Journal of Conflict Resolution*, 54(1), 117-145.

<https://doi.org/10.1177/0022002709352462>

Reicher, S. (1987). Crowd behavior as social action. In J. C. Turner, M. A. Hogg, P. J. Oakes, S. D. Reicher and M. S. Wetherell (Hrsg), *Rediscovering the social group: A selfcategorization theory* (S. 171-202). Oxford, England: Blackwell.

Reny, T. T. & Newman, B. J. (2021). The opinion-mobilizing effect of social protest against police violence: Evidence from the 2020 George Floyd protests. *American Political Science Review*, 115(4), 1499-1507. <https://doi.org/10.1017/S0003055421000460>

Simpson, B., Willer, R. & Feinberg, M. (2018). Does violent protest backfire? Testing a theory of public reactions to activist violence. *Socius: Sociological Research for a Dynamic World*, 4, 1-14. <https://doi.org/10.1177/2378023118803189>

Snow, D. A. & Moss, D. M. (2014). Protest on the fly: Toward a theory of spontaneity in the dynamics of protest and social movements. *American Sociological Review*, 79(6), 1122-1143. <https://doi.org/10.1177/0003122414554081>

Sullivan, H. (2019). Sticks, stones, and broken bones: Protest violence and the state. *Journal of Conflict Resolution*, 63(3), 700-726. <https://doi.org/10.1177/0022002718763932>

Tarrow, S. (1998). *Power in movement*. Cambridge, England: Cambridge University Press.

Thomas, E. F. & Louis, W. R. (2013). Doing democracy: The social psychological mobilization and consequences of collective action. *Social Issues and Policy Review*, 7(1), 173-200. <https://doi.org/10.1111/j.1751-2409.2012.01047.x>

Tilly, C. (2008). *Contentious performances*. Cambridge, England: Cambridge University Press.

Vüllers, J. & Hellmeier, S. (2022). Does counter-mobilization contain right-wing populist movements? Evidence from Germany. *European Journal of Political Research*, 61(1), 21-45. <https://doi.org/10.1111/1475-6765.12439>

Wahl-Jorgensen, K. (2018). News media and the emotional public sphere. Toward a typology of mediated anger: Routine coverage of protest and political emotion. *International Journal of Communication*, 12, 2071-2087.

Wang, D. & Piazza, A. (2016). The use of disruptive tactics in protest as a trade-off: The role of social movement claims. *Social Forces*, 94(4), 1675-1710. <https://doi.org/10.1093/sf/sov124>

Wasow, O. (2020). Agenda seeding: How 1960s Black protests moved elites, public opinion and voting. *American Political Science Review*, 114(3), 638-659.

<https://doi.org/10.1017/S000305542000009X>

Weber, M. (1976). *Wirtschaft Und Gesellschaft*. Tübingen: Mohr Siebeck.

Weidmann, N. & Rød, E. G. (2019). The internet and political protests in autocracies. New York, NY: Oxford University Press. DOI: 10.1093/oso/9780190918309.001.0001

Won, D., Steinert-Threlkeld, Z. C. & Joo, J. (2017). Protest activity detection and perceived violence estimation from social media images. *Proceedings of the 25th ACM international conference on Multimedia*, 786-794. <https://doi.org/10.1145/3123266.3123282>

Young, L. E. (2019). The psychology of state repression: Fear and dissent decisions in Zimbabwe. *American Political Science Review*, *113*(1), 140-155.
<https://doi.org/10.1017/S000305541800076X>

Zhukov, Y. M., Davenport, C. & Kostyuk, N. (2019). Introducing XSub: A new portal for cross-national data on subnational violence. *Journal of Peace Research*, *56*(4), 604-661.
<https://doi.org/10.1177/0022343319836697>

Sebastian Hellmeier, geb. 1989, ist derzeit wissenschaftlicher Mitarbeiter der Forschungsgruppe „Transformations of Democracy“ am Wissenschaftszentrum Berlin (WZB). Zuvor war er Postdoc am „Varieties of Democracy (V-Dem) Institut“ an der Universität Göteborg und wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Konstanz, wo er 2019 promoviert wurde. Seine Forschung beschäftigt sich mit politischem Protest, dem Vergleich autoritärer Regime sowie Demokratisierungs- und Autokratisierungsprozessen

Johannes Vüllers (geb. 1982) ist Senior Research Fellow am „Institut für Entwicklung und Frieden (INEF)“ an der Universität Duisburg-Essen. Zuvor war er Assistant Professor am „Institute of Security and Global Affairs“ an der Universität Leiden und wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Konstanz. Seine Forschung beschäftigt sich mit Protestgruppen, Protesten in Bürgerkriegskontexten und der Rolle von Religionen in Konflikten.